

KURZMELDUNGEN

Mitsprache bei Staatsverträgen

BERN | Völkerrechtliche Verträge, die einer Verfassungsänderung gleichkommen, sollen immer dem obligatorischen Referendum unterstehen und damit dem Volk unterbreitet werden müssen. Der Ständerat ist einverstanden damit, diese Regel ausdrücklich in der Bundesverfassung zu verankern. Er stimmte am Dienstag einer entsprechenden Vorlage mit 27 zu 12 Stimmen zu. Ein ungeschriebenes Staatsvertragsreferendum existiert zwar schon heute. Das Parlament hatte jedoch mit einer Motion die Verankerung eines ausdrücklichen obligatorischen Referendums für Staatsverträge mit Verfassungscharakter gefordert. Damit werde verschriftlicht und klar, wer die Entscheidungskompetenz habe – nämlich Volk und Stände, sagte Andrea Caroni (FDP/AR), Präsident der zuständigen Staatspolitischen Kommission (SPK), im Ständerat. Die Vorlage stärke daher die Volksrechte und die Legitimität der Verträge. **sda**

245 neue Ansteckungen

BERN | In der Schweiz und in Liechtenstein sind dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Dienstag 245 neue Coronavirus-Ansteckungen innerhalb eines Tages gemeldet worden. Am Montag waren es 191 gewesen. Es gab keine neuen Todesfälle, aber sechs neue Spitaleinweisungen. Am Sonntag, Samstag und Freitag war mit 444 beziehungsweise 405 und 425 Neu-Angesteckten erstmals seit Mitte April die Marke von 400 Fällen pro Tag überschritten worden. **sda**

Aktion gegen Lohndruck

ZÜRICH | Verschiedene Gewerkschaften rufen für Freitag zu einer Protestversammlung gegen drohenden Lohnabbau im Luftverkehr am Flughafen Zürich auf. Sie wollen sich gegen einen über die Corona-Krise hinausgehenden Sozialabbau wehren. **sda**

Initiativen zu Biodiversität

BERN | Mit insgesamt über 213 000 beglaubigten Unterschriften haben Natur- und Umweltschutzverbände zwei nationale Volksinitiativen eingereicht. Der drastische Verlust an Artenvielfalt, die Zerstörung von Natur, Landschaft und Baukultur sowie der Bauboom ausserhalb der Bauzonen sollen damit gestoppt werden. Lanciert wurden die Initiativen Ende März 2019 von Pro Natura, BirdLife Schweiz, der Stiftung Landschaftsschutz, dem Schweizer Heimatschutz und weiteren Organisatoren. Symbolisch wurden die Kisten mit 108 112 Unterschriften für die Biodiversitätsinitiative und mit 105 234 Unterschriften für die Landschaftsinitiative auf der Bundesterrasse zu einem Puzzle «keiner bunten und vielfältigen Schweiz von morgen» gruppiert. **sda**

Bern | Nationalrat will Berufsbildung mehr Bundesmittel zuweisen

Kräftige Investitionen

Knapp 28 Milliarden Franken will der Bundesrat in den nächsten vier Jahren für Bildung und Forschung bereitstellen. Nachdem bereits der Ständerat Beiträge erhöht hat, hat der Nationalrat noch weiter aufgestockt, hauptsächlich für die Berufsbildung.

Mit elf Finanzbeschlüssen in der BFI-Botschaft 2021 bis 2024 beantragt der Bundesrat insgesamt gut 27,9 Milliarden Franken. Das sind zwei Milliarden mehr als in der Periode bis Ende Jahr. Der Bundesrat begründete die Aufstockung unter anderem mit Vorhaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Der Ständerat erhöhte dann im Sommer die Summe auf rund 28,1 Milliarden Franken. Am Dienstag fällt nun der Nationalrat erste Entscheide, konnte die Vorlage aber am Dienstag aus Zeitmangel nicht zu Ende beraten. Bisher stockte er die Fördermittel um zusätzliche 41 Millionen Franken auf.

«**Mahnendes Gewissen**» Grundsätzlich stiess die BFI-Botschaft im Nationalrat auf Anklang. Der Bund müsse Interesse daran haben, dass die Schweiz international an der Spitze stehe, sagte etwa Christoph Eymann (FDP/BS) und forderte «**offensives Denken**». Meret Schneider (Grüne/ZH) sah die Hochschulen in der Verantwortung für nachhaltige Ent-

wicklung. «Die SVP ist in der Rolle des mahnenden Gewissens», sagte hingegen Peter Keller (SVP/NW). Seine Fraktion sei für eine grosszügige Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI), aber dagegen, die Fehlentwicklungen in der Bildung allein mit noch mehr Milliarden zu lösen. Ihre entsprechenden Minderheitsanträge scheiterten aber.

Berufsbildung im Fokus

Über 26 Millionen Franken zusätzlich will die grosse Kammer für die Berufs- und Weiterbildung zur Verfügung stellen, 20,4 Millionen davon für die berufsorientierte Weiterbildung. Der Bundesbeitrag erhöht sich damit auf knapp 255 Millionen Franken.

Kantone und Organisationen stellt der Nationalrat für die Weiterbildung zusätzliche 6 Millionen Franken und insgesamt knapp 60 Millionen Franken zur Verfügung. Anreize für Private, sich weiterzubilden, seien in der Krise wichtig, sagte Eymann dazu.

15 Millionen Franken mehr, also rund 10,83 Milliarden Franken, will der Nationalrat für den ETH-Bereich. Einen Minderheitsantrag, beim Betrag von Ständerat und Bundesrat zu bleiben, lehnte er mit 112 zu 81 Stimmen aus der SVP, der Mitte-Fraktion und der FDP ab. Insgesamt enthält die BFI-Botschaft für Hochschulen rund 16,6 Milliarden Franken.

Rot-Grün beantragte sodann vergeblich, die Beiträge



Herbstsession. Der Berner Christian Wasserfallen, FDP, links, diskutiert mit dem Walliser CVP-Mann Benjamin Roduit gestern Dienstag im Nationalrat in Bern.

FOTO KEYSTONE

an die von den Kantonen ausgerichteten Stipendien aufzustoßen. Gerade in der Krise hätten Studierende weniger Möglichkeiten, nebenher Geld zu verdienen, sagte Sandra Locher Benguerel (SP/GR). Die Erhöhung sei auch nötig, weil die Zahl der Studierenden gestiegen sei.

Noch offene Entscheide

Noch nicht entschieden hat der

Nationalrat über die von der WBK-Mehrheit beantragten zusätzlichen 12 Millionen Franken für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung. Das Geld soll dem 3R Kompetenzzentrum Schweiz zufließen. Dieses will Tierversuche in der Forschung ersetzen, verringern und verbessern.

Schliesslich will die Kommissionmehrheit auch die projektgebundenen Beiträge

für Aufgaben von gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung um 5 Millionen Franken aufstocken. Die Mittel in der BFI-Botschaft sind mit der Zustimmung der Räte noch nicht freigegeben. Das Parlament muss die Beträge jeweils mit den Budgets bewilligen. Der Nationalrat setzt die Beratung kommende Woche fort, danach ist wieder der Ständerat am Zug. **sda**

Bern | Bundesparlamentarierinnen gründen FC Helvetia

Über Parteigrenzen

In Anwesenheit von Bundesrätin Viola Amherd ist am Dienstag der FC Helvetia, eine neue Frauen-Fussballmannschaft der eidgenössischen Parlamentarierinnen, aus der Taufe gehoben worden. 20 Parlamentarierinnen fanden sich dazu beim Berner Wankdorf-Stadion ein.

Die persönliche Mitarbeiterin von Sportministerin Amherd, Brigitte Hauser, twitterte im Anschluss daran: «Bundesrätin Viola Amherd mit Parlamentarierinnen an der Gründungsversammlung des FC Helvetia! Helvetia ruft und wir kommen!»

Die Idee zur Gründung des Teams hatte die Zürcher Nationalrätin Corina Gredig (GLP), wie sie gegenüber dem Videodienst von Keystone-SDA erklärte, schon am Tag nach den Wahlen im vergangenen Herbst. Das Team besteht aus Parlamentarierinnen aller Parteien und Fraktionen. Den ersten Ernstkampf will das Team im Frühling 2021 bestreiten.

Gredig sprach von einem Freudentag. Ihres Wissens gebe es in Europa lediglich einen weiblichen FC Parlament im britischen Parlament. Die Frauen des FC Helvetia wollten nun trainieren, um die Britinnen einmal zu schlagen. Das Ziel des Vereins sei die Förderung



Nummer 1. Bundesrätin Viola Amherd posiert mit dem Trikot des FC Helvetia auf der Grossen Allmend in Bern.

FOTO KEYSTONE

des Sports im Allgemeinen, und die Geselligkeit solle überparteilich gefördert werden.

Sportministerin begeistert

Begeistert zeigte sich auch Bundesrätin Amherd. Sie sei immer schon ein Fussball-Fan gewesen und hätte in ihrer Jugend selber gerne in einem Verein Fussball gespielt. Das sei damals für Frauen leider nicht möglich gewesen, umso mehr freue sie sich über die Gründung des FC Helvetia. Die Frauen könnten im Verein gemeinsam Sport treiben und sich über Partei- und Sprachgrenzen hinweg vernetzen. Bereits seit Juni 1967 besteht der FC National-

rat. Gemäss einer Legende gründeten damals der kürzlich verstorbene Basler SP-Nationalrat Helmut Hubacher (1926–2020) und der Basler CVP-Nationalrat Albin Breitenmoser (1920–1983) den FC Nationalrat, weil sie an den ratsfreien Nachmittagen nicht immer jassen wollten. Das erste Parlamentarienturnier fand 1971 statt. Seit 1997 spielen auch Frauen in der Mannschaft. Corina Gredig erklärte am Dienstag, dass sich die Mitglieder des FC Helvetia darauf freuen würden, gemeinsam mit dem FC Nationalrat ein Mixed-Spiel zu machen. Frau freue sich auch auf das abschliessende Bier. **sda**

CORONA-SCHADEN

Druck auf Bund machen

SPREITENBACH | Der Bund soll sich an den Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler und Kliniken während der Corona-Pandemie im März und April finanziell beteiligen. Der Aargauer Grosse Rat will eine entsprechende Ständesinitiative ausarbeiten, um den Druck auf den Bundesrat zu erhöhen. Der Grosse Rat hiess am Dienstag in Spreitenbach einen von fast allen Parteien lancierten Auftrag mit 111 zu 8 Stimmen gut. Die zuständige Parlamentskommission muss nun innerhalb von vier Monaten den genauen Wortlaut der Ständesinitiative ausarbeiten. Der Kanton Aargau will erreichen, dass der Bund einen grossen Teil der Ertragsausfälle und Mehrkosten entschädigt. Der Bundesrat hatte per Notrecht verordnet, dass die Spitäler im Zeitraum vom 16. März bis 26. April auf nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien verzichten. Das Behandlungs- und Operationsverbot führte im Aargau gemäss einer Schätzung des Kantons zu einem Schaden von rund 95 Millionen Franken. Der Bundesrat machte wiederholt klar, dass sich der Bund definitiv nicht an den Kosten beteiligen werde. Dies sei Sache der Kantone. **sda**

Pensionskassen erholen sich von den Corona-Einbussen

ZÜRICH | Seit dem coronabedingten Börsencrash im März hat sich die Lage für die Schweizer Pensionskassen entspannt. Die Märkte haben sich erholt und das hatte positive Auswirkungen auf das von den Kassen angelegte Vorsorgekapital. Im Februar und im März hinterliessen die Verwerfungen an den Finanzmärkten in den Bilanzen der Pensionskassen tiefe Spuren. Die Deckungsgrade brachen laut einer am Dienstag vom Pensionskassenberater Complementa veröffentlichten Studie innert weniger Wochen im Durchschnitt um gut acht Prozentpunkte auf noch rund 100 Prozent ein. In Rekordtempo seien so die unter anderem auch im sehr guten Börsenjahr 2019 aufgebauten Reserven der Kassen weggeschmolzen, schreibt Complementa. Am Tiefpunkt seien sie im März im Durchschnitt sogar in eine Unterdeckung gefallen. Seither hätten sich die Börsen aber kräftig erholt und mit ihnen auch das Vorsorgekapital. In Zahlen ausgedrückt legten die von Complementa berechneten Deckungsgrade, die das Verhältnis von Pensionsvermögen zu Pensionsverpflichtungen anzeigen, bis August auf 106,8 Prozent zu. Die Risiko-Check-up-Studie von Complementa basiert auf Daten von 443 Pensionskassen mit einem Gesamtkapital von rund 725 Milliarden Franken. Nach wie vor eine grosse Herausforderung bleibe das Zinsniveau, das sich weiterhin auf einem sehr tiefen Niveau bewege, schreibt Complementa. **sda**